

Weil ein GI im Kriegseinsatz die US-Steuerzahler nach Pentagon-Schätzungen zur Zeit jährlich rund eine Million Dollar kostet, weiß Obama noch nicht, wie viel zusätzliche Soldaten er sich für Afghanistan leisten kann.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 260/09 – 23.11.09

Hohe Kosten belasten die Debatte über neue Truppen für den Afghanistan-Krieg

Von Christopher Drew

THE NEW YORK TIMES, 15.11.09

(<http://www.nytimes.com/2009/11/15/us/politics/15cost.html>)

Obwohl die Entscheidung des Präsidenten Obama über Truppenverstärkungen für Afghanistan in erster Linie nach militärischen Kriterien erfolgen sollte, hat sie auch erhebliche Auswirkungen auf das Budget; deshalb wachse der Druck, das Engagement (in Afghanistan) zu beschränken, ließen höhere Regierungsvertreter verlauten.

Sie berichteten, nach jüngsten internen Schätzungen der Regierung betrügen die Kosten für die von General Stanley A. McChrystal, dem Oberkommandierenden der US- und NATO-Truppen in Afghanistan, favorisierte Entsendung von 40.000 zusätzlichen US-Soldaten und die gewünschte beträchtliche Verstärkung der afghanischen Sicherheitskräfte jährlich 40 bis 54 Milliarden Dollar.

Selbst wenn weniger Truppen entsandt werden, oder ihre Mission modifiziert wird, ändert sich die grobe Annäherungsformel des Pentagons nicht, nach der ein Soldat (im Kriegseinsatz) jährlich rund eine Million Dollar kostet.

Auch wenn sich Obama für eine geringere Truppenverstärkung entscheiden sollte, wären die steigenden Kosten für Afghanistan höher als die geplanten Einsparungen von 26 Milliarden Dollar, die im Jahr 2010 durch den Abzug von Truppen aus dem Irak erzielt werden sollen. Das Militärbudget stiege dann insgesamt auf bis zu 734 Milliarden Dollar an und überträfe den höchsten Militärhaushalt der Bush-Administration, der 667 Milliarden Dollar betrug, um zehn Prozent.

Eine derartige Eskalation der Militärausgaben wäre in einer Zeit, in der das Haushaltsdefizit ständig wächst, die Wirtschaft weiter schwächelt und eine kostspielige Reform der Gesundheitsfürsorge durchgesetzt werden soll, für Obama ein äußerst brisantes politisches Problem.

Führende Mitglieder des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses haben bereits Bedenken wegen der potenziellen langfristigen Kosten einer Ausweitung des Afghanistan-Krieges geäußert. Es könnte für Obama schwierig werden, im Kongress eine Mehrheit für zusätzliche (Militär-)Ausgaben zu erhalten, weil er die Stimmen republikanischer Abgeordneter bräuchte, um die ablehnenden Voten liberaler Demokraten auszugleichen.

Ein führender Regierungsvertreter, der anonym bleiben wollte, weil er Details vertraulicher Beratungen enthüllte, sagte, diese Überlegungen hätten den Präsidenten veranlasst, bei einem Treffen, das am Mittwoch im Weißen Haus stattfand, darauf zu beharren, dass jede militärische Option eine schnellstmögliche Exit-Strategie einschließen müsse.

"Der Präsident bestand immer wieder darauf, dass wir uns mit der schwierigen Frage befassten, wie wir das Spiel in Afghanistan zu Ende bringen könnten," fügte der Informant hinzu. "Er weiß, dass wir das nicht endlos fortsetzen können."

Die Entsendung einer geringeren Anzahl von Soldaten würde zwar die Kosten senken, aber auch die Aufbau-Strategie einschränken. Wenn zum Beispiel 30.000 Soldaten zusätzlich entsandt werden, kostet das 25 bis 30 Milliarden Dollar pro Jahr, würde aber den Einsatzbereich der US-Streitkräfte einengen. 20.000 zusätzliche Soldaten würden etwa 21 Milliarden Dollar jährlich kosten, damit könnte nach Meinung Offizieller aber nur das Training der afghanischen Sicherheitskräfte ausgeweitet werden.

Ein Soldat kostet heute pro Jahr rund eine Million Dollar, also viel mehr als die 390.000 Dollar, die Sachverständige des Kongresses für das Jahr 2006 geschätzt hatten.

Militäranalysten erklären diesen rasanten Kostenanstieg mit den erhöhten Ausgaben für minenresistente Truppentransportfahrzeuge und Überwachungsgeräte, die den Truppen im Irak und in Afghanistan zugute kommen. Bestimmte Kosten fallen aber nur in Afghanistan an, wo die Treibstoffversorgung der Truppen in gebirgigem Terrain bis zu 400 Dollar pro Gallone (4, 546 l) kosten kann.

Nach Schätzungen der Regierung müssten bis zu 50 Milliarden Dollar aufgebracht werden, um die afghanische Armee und Polizei in fünf Jahren auf insgesamt 400.000 Mann mehr als zu verdoppeln. In dieser Summe wären das Rekrutieren, die Ausbildung und die Ausrüstung eingeschlossen.

Bei einem Zwischenstopp auf einer Militärbasis in Alaska sagte Obama am Donnerstag vor den versammelten Soldaten, er werde nicht mehr Leben riskieren, als "für die Lebensinteressen Amerikas erforderlich" seien. Bei seinem Besuch in Tokio fügte er am Freitag hinzu, er wolle alle Schritte vermeiden, die auf ein "unbegrenztes Engagement" hinauslaufen.

Die Regierung hat am Freitag mitgeteilt, sie plane im Haushaltsjahr 2011 als Beitrag zur Reduzierung des Haushaltsdefizits, das durch die Konjunkturprogramme und die Finanzhilfen für Banken auf 1,4 Billionen Dollar angewachsen ist, bis zu 5 Prozent der Sozialausgaben einzusparen.

Mehrere führende Republikaner hatten Obamas Bereitschaft zu höheren Sozialausgaben kritisiert und ihn aufgefordert, General McChrystal mit den Mitteln zu versorgen, die er für Afghanistan brauche.

Senator Christopher S. Bond, ein Republikaner aus Missouri, der stellvertretender Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Senates ist, stellte die Frage: "Ist die Sicherung unseres Landes nicht die erste Pflicht der Regierung? Wenn wir für die Bekämpfung der Taliban zu wenig Geld ausgeben, werden sie aus den Bergen Pakistans zurückkehren und ihre Mitverschwörer von Al-Qaida werden ihnen folgen."

Die (steigenden) Kosten sind aber nicht das einzige Problem, das einer Ausweitung des Krieges im Wege steht. Als bekannt wurde, dass Karl W. Eikenberry, der US-Botschafter in Afghanistan, Washington letzte Woche mitgeteilt hat, wegen der schwachen afghanischen Führung und der wachsenden Korruption habe er Bedenken gegen die Entsendung zusätzlicher Truppen, wurde die Debatte lebhafter.

Seine Zweifel könnten auch einige Kongressabgeordnete zögern lassen, einer Ausweitung des Krieges zuzustimmen – besonders vor den Halbzeitwahlen, die im nächsten Jahr anstehen.

David R. Obey, ein demokratischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses aus Wisconsin, der dem Haushaltsausschuss vorsitzt, erklärte kürzlich, die Entsendung zusätzlicher Truppen nach Afghanistan könnte den Haushalt zu stark belasten "und praktisch die Mittel für andere Prioritäten aufsaugen, die der Präsident oder irgendjemand im Kongress setzen möchten".

John Murtha, ein demokratischer Abgeordneter aus Pennsylvanien, der Vorsitzender des Unterausschusses für Verteidigungsausgaben ist, sagte in einem Interview, er rechne damit, dass eine Mehrheit der 258 Demokraten im Repräsentantenhaus wegen der Bedenken gegen den afghanischen Präsidenten Hamid Karzai gegen jeden Gesetzentwurf zu Finanzierung von Truppenverstärkungen für Afghanistan stimmen werde. "Vor einem Monat hätte ich noch mit 60 bis 70 gerechnet," ergänzte er.

"Es hängt von den Republikanern ab, ob ein Gesetzentwurf angenommen wird," äußerte Murtha.

Murtha erklärte, er sei zwar auch gegen die Entsendung weiterer Truppen, werde aber jede Entscheidung Obamas unterstützen. Er befürchte aber, dass die Gesamtausgaben für die Kriege im Irak und in Afghanistan im nächsten Jahr auch ohne Ergänzungshaushalt auf über eine Billion Dollar ansteigen werden, was die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahren behindere.

Andere meinten, für einige Republikaner sei es schwer, höhere Ausgaben für Truppenverstärkungen zu rechtfertigen, wenn sie Obama gleichzeitig für andere Ausgaben kritisierten. Einige liberale Demokraten befürchteten, Wähler die sich für Obama entschieden haben, weil er den Irak-Krieg beenden wollte, könnten sich enttäuscht von ihm abwenden, wenn er den Afghanistan-Krieg noch stärker ausweitere.

"Ich bin mir sicher, dass die Menschen, die Obama gewählt haben, in diesen schlimmen Zeiten wirklich etwas anderes sehen wollen," sagte Lynn Woolsey, eine demokratische Abgeordnete aus Kalifornien.

Während der Präsidenten-Wahlkampagne hatte Obama immer wieder betont, dass er die Militärausgaben nicht kürzen werde, während die Nation zwei Kriege führe. Er hielt es auch für wichtig, etwas gegen die sich verschlechternde Situation in Afghanistan zu unternehmen. Und kurz nach seinem Amtsantritt schickte er 21.000 zusätzliche Soldaten in dieses Land und verstärkte die US-Truppen damit auf insgesamt 68.000 Personen.

Trotzdem hofften viele seiner Unterstützer, mit dem versprochenen Truppenabzug aus dem Irak und dem Einfrieren teurer Hightech-Waffenprogramme, könnten bedeutende Einsparungen erzielt werden.

Aber die Einsparungen, die Obama durch die Einstellung der Produktion des F-22-Kampfbjets und dem Stopp anderer ambitionierter Programme durchsetzte, wurden durch erhöhte Ausgaben für Überwachungs-Drohnen und minensichere Fahrzeuge, die dringend an der Front gebraucht wurden, mehr als aufgezehrt.

Der Verteidigungshaushalt von 680 Milliarden Dollar für das Jahr 2010, den er kürzlich unterzeichnete, ist 2,9 Prozent teurer als der des Jahres 2009 und 1,9-Prozent teurer als der höchste Verteidigungshaushalt Bushs im Jahr 2008.

Die Regierung will durch den Abzug von Truppen die Ausgaben für den Irak-Krieg um 25,8 Milliarden Dollar auf 60,8 Milliarden Dollar im Jahr 2010 senken.

Mit eingeplanten Mehrausgaben von 18,5 Milliarden Dollar sind für den Afghanistan-Krieg im Jahr 2010 insgesamt 65,4 Milliarden Dollar angesetzt; für beide Kriege zusammen könnte das eine Netto-Einsparung von 7,3 Milliarden Dollar bedeuten, wenn nicht mehr Truppen (nach Afghanistan) entsandt werden.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen versehen. Wenn die US-Regierung aus purem Geldmangel darauf verzichten muss, Afghanistan von noch mehr US-Soldaten verwüsten zu lassen, ist das endlich einmal eine positive Wirkung der hauptsächlich von der US-Finanzindustrie verursachten Weltwirtschaftskrise. Deshalb ist es besonders wichtig, dass dienstefrige Hiwis wie unser forscher neuer Verteidigungsminister zu Guttenberg daran gehindert werden, dem US-General McChrystal mehr deutsche Soldaten oder andere "Fremdenlegionäre" zur Verfügung stellen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

November 15, 2009

High Costs Weigh on Troop Debate for Afghan War

By CHRISTOPHER DREW

While President Obama's decision about sending more troops to Afghanistan is primarily a military one, it also has substantial budget implications that are adding pressure to limit the commitment, senior administration officials say.

The latest internal government estimates place the cost of adding 40,000 American troops and sharply expanding the Afghan security forces, as favored by Gen. Stanley A. McChrystal, the top American and allied commander in Afghanistan, at \$40 billion to \$54 billion a year, the officials said.

Even if fewer troops are sent, or their mission is modified, the rough formula used by the White House, of about \$1 million per soldier a year, appears almost constant.

So even if Mr. Obama opts for a lower troop commitment, Afghanistan's new costs could wash out the projected \$26 billion expected to be saved in 2010 from withdrawing troops from Iraq. And the overall military budget could rise to as much as \$734 billion, or 10 percent more than the peak of \$667 billion under the Bush administration.

Such an escalation in military spending would be a politically volatile issue for Mr. Obama at a time when the government budget deficit is soaring, the economy is weak and he is trying to pass a costly health care plan.

Senior members of the House Appropriations Committee have already expressed reservations about the potential long-term costs of expanding the war in Afghanistan. And Mr. Obama could find it difficult to win approval for the additional spending in Congress, where he would have to depend on Republicans to counter defections from liberal Democrats.

One senior administration official, who requested anonymity in order to discuss the details of confidential deliberations, said these concerns had added to the president's insistence at a White House meeting on Wednesday that each military option include the quickest possible exit strategy.

"The president focused a lot on ensuring that we were asking the difficult questions about getting to an end game here," the official said. "He knows we cannot sustain this indefinitely."

Sending fewer troops would lower the costs but would also place limitations on the buildup strategy. Sending 30,000 more troops, for example, would cost \$25 billion to \$30 billion a year while limiting how widely American forces could range. Deploying 20,000 troops would cost about \$21 billion annually but would expand mainly the training of Afghans, the officials said.

The estimated \$1 million a year it costs per soldier is higher than the \$390,000 congressional researchers estimated in 2006.

Military analysts said the increase reflects a surge in costs for mine-resistant troop carriers and surveillance equipment that would apply to troops in both Iraq and Afghanistan. But some costs are unique to Afghanistan, where it can cost as much as \$400 a gallon to deliver fuel to the troops through mountainous terrain.

Some administration estimates suggest it could also cost up to \$50 billion over five years to more than double the size of the Afghan army and police force, to a total of 400,000. That includes recruiting, training and equipment.

At a stop at a military base in Alaska on Thursday, Mr. Obama told a gathering of soldiers that he would not risk more lives "unless it is necessary to America's vital interests." He added during his visit to Tokyo on Friday that he wanted to avoid taking any step that could be seen as an "open-ended commitment."

The administration said Friday that it planned to cut up to 5 percent at domestic agencies in fiscal 2011 as part of an effort to reduce the federal budget deficit, which rose to \$1.4 trillion with the economic stimulus and financial bailouts.

Several leading Republicans have criticized Mr. Obama's willingness to spend more freely on domestic programs and urged him to provide General McChrystal with the resources he is seeking in Afghanistan.

"Keeping our country safe: Isn't that the first job of government?" said Senator Christopher S. Bond, a Republican from Missouri and the vice chairman of the Senate Intelligence Committee. "If we have just a minimalist counterterrorism strategy, the Taliban will come back over the mountains from Pakistan, and they will be followed by their co-conspirators from the Al Qaeda organization."

Cost is far from the only concern about escalating the war. The debate intensified last week amid disclosures that the United States ambassador to Afghanistan, Karl W. Eikenberry, had sent cables to Washington expressing his reservations about deploying additional troops, citing weak Afghan leadership and widening corruption.

That kind of doubt could also make some in Congress hesitant to support an expansion of the war, especially with the midterm elections coming next year.

Representative David R. Obey, a Democrat from Wisconsin who heads the House Appropriations Committee, said recently that sending more troops to Afghanistan could drain the Treasury and “devour virtually any other priorities that the president or anyone in Congress had.”

Representative John Murtha, Democrat of Pennsylvania and chairman of a subcommittee on defense appropriations, said in an interview that because of concerns about President Hamid Karzai of Afghanistan, he thought a majority of the 258 Democrats in the House would vote against any bill to pay for more troops. “A month ago, I would have said 60 to 70,” he said.

“Can you pass one?” Mr. Murtha said. “It depends on the Republicans.”

Mr. Murtha said he opposed sending more troops, though he would support any decision Mr. Obama made. He said he was concerned that even without a supplemental bill, total spending on the Iraq and Afghanistan wars would surge past \$1 trillion next year, which could hamper the economy for years to come.

Others said some Republicans could find it hard to justify a yes vote on troops after criticizing Mr. Obama for his spending. Some liberal Democrats said voters who had been drawn to Mr. Obama for his early opposition to the Iraq war could become disenchanted if he approved a major expansion in Afghanistan.

“In the times we’re in right now, I just totally believe that the public that elected President Obama really wants to see something different,” said Representative Lynn Woolsey, Democrat of California.

During the presidential campaign, Mr. Obama was careful to say that he would not cut military spending while the nation was engaged in two wars. He also said it was important to shore up the deteriorating situation in Afghanistan. And shortly after he took office, he approved sending an additional 21,000 soldiers there, bringing the total American force to 68,000.

Still, many of his supporters assumed that his pledges to withdraw from Iraq, and to rein in the cost overruns on high-tech weapons programs, would still produce significant savings.

But even though Mr. Obama has won battles to cancel the F-22 fighter plane and other advanced programs, the immediate savings have been offset by increased spending on the surveillance drones and mine-resistant vehicles needed in the field now.

And he recently signed a \$680 billion military authorization bill for fiscal 2010 that represented a 2.7 percent increase over the 2009 spending level and a 1.9 percent increase over President Bush’s peak budget in fiscal 2008.

The administration has projected that spending on Iraq would drop by \$25.8 billion in fiscal 2010, to \$60.8 billion, as most of the troops withdraw.

It also expected spending on the Afghanistan war to increase by \$18.5 billion in fiscal 2010, to \$65.4 billion, for a net savings on the two wars of \$7.3 billion, if no more troops were added.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern